

SPD-Information

für
Bad Bramstedt,
Bimöhlen,
Hitzhusen,
Wiedersdorf,
Borstel,
Mönkloh



Bürgerzeitung der SPD

1979

4. Jahrgang

SPD geht auf die Dörfer

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD und ihre Mitglieder sorgen dafür, daß auch in den kleineren Gemeinden sozialdemokratische Politik gemacht wird.

Noch 1974 existierte nur der Ortsverein Bad Bramstedt. Doch Ende jenen Jahres setzte sich die Erkenntnis durch, daß man insbesondere bessere Kommunalpolitik mit Ortsvereinen in den kleinen Orten machen könne. Im November 1974 wurden Hitzhusen und Bimöhlen gegründet. Im Februar 1975 folgte der Ortsverein Mönkloh-Weddelbrook. Damit war die Grundlage gelegt, für bürgernahe Politik in Bad Bramstedt und Umgebung. Um den Zusammenhalt zwischen den nunmehr vier Ortsvereinen zu erhalten, wurde der Gebietsverband Bad Bramstedt und Umgebung gegründet.

In diesem Jahr folgten weitere Orte diesem Schritt. Die SPD-Mitglieder aus Fuhlen-dorf und Wiemersdorf sowie aus Borstel und Hagen gründeten jeweils eine eigene Parteigliederung. Damit sind jetzt schon sechs Ortsvereine in diesem Bereich mit zusammen über 200 Mitgliedern tätig.

Wer sich an die Ortsvereine mit Fragen oder Anregungen wenden möchte, für den veröffentlichen wir hier die Adressen der Vorsitzenden.

Bad Bramstedt: Peter Heinlein, Lessingstraße 9, Tel. 2325.

Hitzhusen: Gerold Möhle, Rodenbek 3, Tel. 3841.

Bimöhlen: Fritz Roblick, Tel. 2682

Wiemersdorf: Rudolf Wiese, Tel. 2781

Borstel/Hagen: Eduard Lühr, 04324/645

Mönkloh/Weddelbrook: Peter Kisters, Tel. 1095.

Der Vorsitzende des Gebietsverbandes ist gegenwärtig: Uwe Kersting, Graf-Stolberg-Straße, Tel. 1563.

Gesucht: Der rote Faden

Die SPD will ein Programm für die Ortsentwicklung erstellen

Bad Bramstedt. „Was soll wo, wann und warum in Bad Bramstedt geschehen“ unter diesem knappen Motto kann man das gegenwärtige Bestreben der Bramstedter SPD zusammenfassen, ein kommunalpolitisches Handlungsprogramm zu erstellen. Die Vergangenheit hat nach Ansicht der SPD gezeigt, daß in dieser Stadt zwar viele Einzelentscheidungen getroffen worden sind, daß aber ein einheitliches Konzept zu vermissen ist. Dieses soll nun unter Einschaltung der Bürger erstellt werden.

„Wir können in Bad Bramstedt mehrere weiterführende Schulen vorweisen“ erläutert Stadtverordneter Uwe Kersting, „doch die eine befindet sich auf dem einen Berg und die andere auf dem anderen. Das führt zu einer unnötigen Zersplitterung der Investitionen für gemeinsam zu nutzende Anlagen wie z.B. naturwissenschaftliche Sammlungen oder Sportstätten.“ Diese Kritik wird ergänzt durch Feststellungen zur Bebauungsplanung. Bauausschußmitglied Jan-Uwe Schadendorf: „Im Norden der Stadt sind die Schulen und Sportstätten untergebracht, und im Süden stampft man eine Siedlung für 1500 Einwohner aus dem originalen Boden. Das führt zwangsläufig zu langen Anmarschwegen und erhöhtem innerstädtischen Verkehr. Das gleiche gilt für das Gewerbegebiet, das zum einen in bester Wohnlage angesiedelt worden ist und zum anderen entgegengesetzt zum Siedlungsschwerpunkt liegt.“

Daß solche Fehler nicht in alle Ewigkeit gemacht werden, das wollen sich die Sozialdemokraten zum Ziel machen.

Bleekplanung

Neben den laufenden Vorbereitungen zu dem kommunalpolitischen Programm befassen sich die Sozialdemokraten gegenwärtig mit der Bebauungsplanung am Bleek. Hier müssen die Parteien in nächster Zeit Farbe bekennen, was sie wollen. Über Jahre hinweg liegt nun schon der B-Plan Bleek in den Schubladen, ohne voranzukommen. Bauwillige Anlieger können jedoch jede weitreichende Planung jetzt verhindern, da sie außer den allgemeinen Bauvorschriften keinen ortsplanerischen Gesichtspunkten unterliegen. Die Sozialdemokraten wollen, daß der Bleek zum einen in seinem gewachsenen Charakter erhalten bleibt, zum anderen, daß er als geschäftliches und kulturelles Zentrum der Stadt ausgebaut wird. Aus diesem Grunde ist es an der Zeit, den Bebauungsplan entscheidungsreif zu machen.

Bereich Lohstückerweg

Ein Schwerpunkt der zentralen Entwicklung ist

Fortsetzung Seite 2



Hagen im Rundfunk

Hagen. Zu unerwartetem Ruhm kam Hagens Bürgermeister Hauschildt. Am 10.8. kam er im Hörfunkprogramm des NDR zu Wort. Der Anlaß war die Neugründung des SPD-Ortsvereins Hagen-Borstel.

Wie in der Presse berichtet hatte Bürgermeister Hauschildt auf der Gründungsversammlung gebeten, den Ortsverein nicht entstehen zu lassen, um den Frieden im Orte zu bewahren. Man sei doch bisher mit den Wählervereinigungen gut gefahren und Parteien seien in der Kommunalpolitik überflüssig.

Der Redakteur des NDR fühlte sich um einige Jahrzehnte zurückversetzt und konnte sich nicht zurückhalten Kaiser Wilhelms Ausspruch „ich kenne keine Parteien, ich kenne nur noch mein Volk“ zu zitieren. Bürgermeister Hauschildt bekräftigte seine Auffassung und meinte, er habe verhindern können, daß in Hagen ein CDU-Ortsverband entsteht, obwohl er selbst dort Mitglied sei.

Daß Parteipolitik im ländlichen Raum besondere Schwierigkeiten mit sich bringt, wußte ein Mitglied der SPD aus Borstel zu berichten. Anfangs habe man ihn beschimpft, mit Farbe die Wände beschmiert oder auch einmal kurzer Hand den Zaun demoliert. Das sei jedoch zurückgegangen, nachdem man sich als standhaft erwiesen habe. Und auch die Herren, die private Interessen und Kommunalpolitik miteinander verknüpfen, müßten heute sehen, daß ihre Stellung als „Dorfkaiser“ nicht für alle Ewigkeit gelte.

Fast Anekdotenhaft mutet diese Geschichte an, auch wenn man in anderen Dörfern ähnliche Zustände kennt.

Zu noch mehr Ruhm wäre Bürgermeister Hauschildt wohl gekommen, hätte die Presse noch eine andere Äußerung verbreitet, die er an jenem Abend gemacht hatte. Er meinte, daß er nur in die CDU eingetreten sei, um alles nur Mögliche für die Gemeinde zu erreichen. Wenn im Kreistag die SPD die Mehrheit hätte, würde er natürlich dort eintreten.

Ob er wohl bei jeder Kreistagswahl seinen Aufnahmeantrag vorsorglich bereithält?

Impressum: Herausgeber: SPD-Gebietsverband Bad Bramstedt und Umgebung vertr. durch Uwe Kersting, Bad Bramstedt; verantw. Redakteur: Jan-Uwe Schadendorf, Bad Bramstedt; Auflage: 4.500; Druck: Roland-Werbung. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Fortsetzung:

auch in dem noch brachliegenden Gelände am Lohstückerweg zu sehen. Hier besteht die Möglichkeit der Ausweitung des Ortszentrums für Wohn- und Geschäftszwecke. Nicht unbedeutend ist auch die im Flächennutzungsplan vorgesehene Verbindungsstraße zwischen Butendoor und Landweg entlang der AKN-Linie. Diese Straße könnte neben der Erschließung des Lohstückerweges auch eine Rolle für die verkehrsmäßige Entlastung der Innenstadt spielen. „Bevor man umstrittene und teure Projekte wie den Ausbau der reinen Anliegerstraße Lieth ins Auge faßt, sollte man lieber Geld für diese wichtige Straße investieren“, meinen die Bauausschußmitglieder der SPD. Außerdem stehe die Umgehung der B 206 noch in weiter Ferne.

Sportstätten

Nicht unumstritten sind die städtischen Planungen für die Sportstätten, die auf dem Schäferberg entstehen sollen. Wohl sieht man das Argument, daß dort schon Anlagen bestehen und die Haupt- und Realschule in der Nähe liegen. Doch andererseits meinen einige Sozialdemokraten, es sei wenig sinnvoll, Sportflächen, die der Freizeitgestaltung dienen sollen, an den Rand der Stadt zu legen. Ein zentraler Standort wäre zweifellos wesentlich sinnvoller.

„Kleine Verbesserungen“

Doch nicht nur diese großen Projekte sollen Niederschlag in dem Handlungsprogramm der Sozialdemokraten finden. Gerade die kleinen und oft wenig kostenintensiven Dinge sind es, die zur Verbesserung der Lebensqualität am Orte beitragen. Ob man nun die Anlage von Grün- und Erholungsflächen darunter verstehen will, oder auch z.B. die Öffnung der Sportanlagen für Nicht-Organisierte; beides trägt zum besseren Leben in dieser unserer Stadt bei.

Die Bürger sollen in diesen Planungsprozeß direkt eingeschaltet werden, so bald erste Vorstellungen entwickelt worden sind.

Aber Sie brauchen nicht solange zu warten. Wenn Sie Ideen und Gedanken haben, was in Bad Bramstedt geschehen muß oder sollte, schreiben Sie doch ganz einfach einen kleinen Brief an „Rund um den Roland“. Die Redaktion wird dafür sorgen, daß er an Partei und Fraktion weitergeleitet wird. Ein paar tausend Köpfe haben nun einmal mehr Vorschläge als ein paar Dutzend.

Es wird noch enger

Bad Bramstedt. An der Bramstedter Realschule wird es in diesem Schuljahr noch enger werden. Wieder mußte eine weitere Klasse aufgenommen werden. Auf 18 Klassenräume kommen jetzt 25 Klassen. Eine Inanspruchnahme der Fachräume und der Nachmittagsstunden ist zwangsläufig. Dies alles wäre zu lindern gewesen, wenn der Antrag der SPD, zwei weitere Klassenräume zu bauen, im letzten Jahr genehmigt worden wäre. Doch die CDU hielt es nicht für nötig und so müssen die Schüler jetzt noch enger zusammenrücken.

Hudautal - ein wertvolles Feuchtgebiet !?

Bad Bramstedt. Im Hudautal sollen Wanderwege entstehen. Soweit so gut. Besonderen Wert legten dabei die Planer auf die Erhaltung der Wiesen zum Sommerlandstieg hin, weil sich dort ein Feuchtgebiet befindet, das eine wertvolle Pflanzen- und Tierwelt enthält.

Wenn man gegenwärtig die Bauarbeiten verfolgt kann man nur zweifeln, was von diesem Feuchtgebiet übrig bleibt.



Erstmal die Neuen !?!

Bad Bramstedt. Den Schülern und ihren Eltern wird es aufgefallen sein. Die Lehrer-Kollegien, zumindest der Grundschulen, schrumpfen! Seit geburtenschwache Jahrgänge in das schulpflichtige Alter hineingewachsen sind, kommen auch Lehrkräfte in den für sie zweifelhaften Genuß, am Ende eines Schuljahres versetzt zu werden.

So ein Vorgang ist nichts Besonderes und von der Sache her auch nicht besonders schlimm und normal - für den Nicht-Betroffenen. Hier soll nicht darauf eingegangen werden, daß man ja die geburtenschwachen Jahrgänge als Chance begreifen sollte; als Chance, endlich die Klassen kleiner zu machen, endlich die Stundentafeln voll zu realisieren, endlich effektiven Förderunterricht anzubieten, vielleicht auch endlich Arbeitszeitverkürzung für Lehrer (so umstritten und unpopulär dieses Thema ist) in Angriff zu nehmen.

Dieses alles soll hier und jetzt nicht erörtert werden.

Es ist vielmehr aufzuzeigen, was eine Verkleinerung der Lehrerkollegien bedeuten kann (nicht muß!).

Vor nicht allzu langer Zeit fluktuierte die Zusammensetzung der Lehrerschaft an fast allen Schulen. Zumindest kamen in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen an die meisten Schulen dieses Landes frischgebackene Lehrer mit erstem Examen, neuen Erkenntnissen und Vorstellungen und vor allem Idealismus. Sie kamen, um in der sogenannten zweiten Phase ihrer Ausbildung die

Erkenntnisse in die Praxis umsetzen zu lernen, um ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Sie brachten neue Ideen, neues Wissen und oft auch besseres (allein schon weil frischeres) Wissen aus den Hochschulen und später aus den Seminaren mit. Sie brachten Unruhe (wohlgemerkt eine positive, gewissermaßen wachhaltende Unruhe) in die Lehrerschaft, waren oft unbequem und ließen, falls sie irgendwann die Schule verließen zumindest ein Fünkchen an „Neuem“ an der Schule zurück. Sie stellten gleichsam den, wenn auch dünnen Draht zu neuen Entwicklungen in der „Wissenschaft des Unterrichtens“ her.

Seit kurzem nun werden die frischgebackenen Lehrer an „Ausbildungsschulen“ zentriert; an anderen Schulen bleiben von frischem Wind weitgehend verschont.

Die Schülerzahlen gehen nun zurück, die Zahl der Schulklassen nimmt ab, dementsprechend werden Lehrer versetzt. Und jetzt taucht die Frage auf: Wer wird in solch einem Fall versetzt? Brauch ist, die „Neuen“, jeweils zuletzt Gekommenen zu versetzen. Alle Argumente werden herangezogen, diesen Brauch zu legitimieren: Familienstand, Hausbesitz (ja-nein) etc.; auch wenn die Versetzung an eine Schule im gleichen Ort, mit demselben Schulhof stattfindet.

Dieser „Brauch“ führt natürlich dazu, daß zuerst die Lehrkräfte die Schule verlassen müssen, die ihre Ausbildung relativ kurz hinter sich haben, die mit den neuen Lehrplänen „aufgewachsen“ sind, die die neuen Methoden kennengelernt und auch ausprobiert haben. Übrig können Lehrkräfte bleiben, die schon lange Lehrer sind, die sich Neuerungen gegenüber verweigern (oft aus Prinzip), die überkommenen Vorstellungen der Kindererziehung anhängen.

Es soll nicht mißverstanden werden: das ist kein speziell Bad Bramstedter Problem. Hierin liegt ein allgemeines Problem und es ist sehr wichtig, sich damit zu beschäftigen im Interesse der Kinder.

Was meinen Sie dazu: Ist der geübte „Brauch“ zu vertreten oder kann es dazu kommen, daß diese Befürchtungen Wirklichkeit werden? Schreiben Sie uns bitte!

**Bau-
grundstück**

1.300 - 1.500 qm, ruhige Lage,
in Bad Bramstedt oder näherer
Umgebung gesucht

Angebote: Tel. 0 41 92/17 71



leserbriefe



Kommentar

Das Thema Amtsgericht in Bad Bramstedt mag mancheiner vielleicht gar nicht mehr hören. Es ist nun einmal langwierigen Durchsetzungsprozessen so eigen, daß sie auf Dauer niemanden mehr so recht begeistern. Nichtsdestoweniger darf man lockerlassen: im Interesse der dort Beschäftigten und im Interesse der Bürger Bad Bramstedts und seiner weiteren Umgebung.

Das Besondere an dieser Diskussion ist, daß alle örtlichen Parteien seit langem für die Erhaltung des Gerichtes plädieren. Ja, seit einiger Zeit sprechen sich auch die Landtagsfraktionen der SPD und F.D.P. für die Beibehaltung aus. Indes ist allgemein bekannt, daß diese beiden Parteien nicht die Mehrheit im Landtag haben, und so können sie ihre Wünsche nicht durchsetzen. Doch die Mehrheit der CDU beträgt nur eine Stimme, wenn man davon ausgeht, daß auch der SSW-Abgeordnete Meyer für die Erhaltung einiger Amtsgerichte ist (z.B. Kappeln). Somit reicht ein CDU-Abgeordneter aus, die notwendige Stimmenmehrheit zu bewirken.

Es fällt also eine zentrale Rolle z.B. auf den CDU-Landtagsabgeordneten dieses, unseres Wahlkreises, Herrn Kurt Böge. Er war im Wahlkampf nicht müde, dem Amtsgericht seine Unterstützung zuzusagen.

Doch nach der Wahl sieht es offenbar

anders aus. In der Landtagsdebatte über Gesetzentwürfe der SPD und F.D.P., die die Erhaltung Bad Bramstedts, Kappeln und einiger anderer Gerichtsorte vorsahen, hielt er es nicht einmal für nötig, das Wort zu ergreifen. Keine Silbe ging über seine Lippen als die Entwürfe an die Ausschüsse überwiesen wurden. Nicht ein Wort, daß er sich für Bad Bramstedt einsetze. Nicht ein Satz gegen die Äußerungen seines Fraktionskollegen Spaetler, der die Schließung befürwortet. Wo bleibt da die Zivilcourage eines Herrn Böge?

Doch Reue schien bald in seinen Sinn zu kommen. So trieb es ihn kurz nach den ersten Pressemeldungen in das Bramstedter Amtsgerichtsgebäude, um nochmals seinen angeblichen Erhaltungswillen zu bekräftigen. Man wird es sehen. Noch hat Herr Böge Gelegenheit, seinen Worten Taten folgen zu lassen. Im Ausschuß und in einer weiteren Landtagsdebatte wird er unter Beweis stellen müssen, wie es um sein Rückgrat bestellt ist.

Hoffentlich bleibt Herr Böge nicht weiter stumm. Man muß ja nicht immer mit der eigenen Fraktion stimmen, auch wenn man eine andere Meinung hat. Wie heißt es doch gerade immer in CDU-Verlautbarungen: Der Abgeordnete ist nur seinem Gewissen verantwortlich.

Die Eltern haben es in ihrer Hand ...

Bad Bramstedt. „Sollte der Elternbeirat der Realschule mit Mehrheit eine Schulpflegschaft wünschen, so soll diese eingerichtet werden. Sonst soll eine Schulpflegschaft nicht eingerichtet werden. ... Der Schulverband wird gebeten, hinsichtlich Schulpflegschaften in gleicher Weise zu verfahren.“

Diesen Durchführungsbeschluß zur neuen Hauptsatzung faßte die Stadtverordnetenversammlung auf ihrer letzten Sitzung am 27. Juni. Hiermit wird von den Möglichkeiten Gebrauch gemacht, die das neue Schulgesetz (SchulG) bietet. Seit Inkrafttreten dieses Gesetzes ist es dem Schulträger freigestellt, welche Gremien er zu seiner Beratung organisiert.

Die Stadtverordnetenfraktion und der Vorstand der Bad Bramstedter SPD haben eindeutige Beschlüsse gefaßt, die in jedem Fall die Beibehaltung einer Schulpflegschaft beinhalten. Sie meinen, daß jede Möglichkeit des Miteinanderredens über die selbe Sache von verschiedenen Warten (Schulträger, Elternschaft, ggf. Schülerschaft und Lehrerschaft) genutzt werden sollte. Inwieweit die Arbeit in einem solchen Gremium nützlich und evtl. effektiv ist, liegt bei jedem Mitglied dieses Gremiums selbst. Argumente wie Ineffektivität und Zeitverschwendung sollten nicht herangezogen werden, zumal die Schulpflegschaften die einzigen Gremien sind, in denen der Schulträger gleichzeitig die Beurteilung verschiedener Sachverhalte aus unterschiedlicher Sicht erhalten kann und in denen der Schulträger offiziell mit der Eltern- und Schülerschaft zusammentrifft.

Die SPD-Vorstellungen zu dieser Angelegenheit waren jedoch nicht mehrheitsfähig (An dieser Stelle sei daran erinnert, daß die SPD in Bad Bramstedt nur 6 von 19 Stadtverordneten stellt), so daß dann zumindest der Möglichkeit der Einrichtung von Schulpflegschaften zugestimmt wurde.

Nun liegt es wirklich in der Hand der Eltern, ob die Schulpflegschaften beibehalten werden oder nicht. Überlegen Sie sich Ihre Entscheidung gut. Es könnte vielleicht einmal wichtig werden.

Uwe Kersting

Parteipolitisches Süppchen ... ?

Stellvertretung des Bürgervorstehers klappt nicht

Bad Bramstedt. Stellvertreter ist jemand, der für einen anderen handelt, lehrt der Deutschduden. Doch dazu muß der Stellvertreter auch wissen, wann er in Aktion treten soll. Das scheint nicht immer selbstverständlich zu sein, zumindest nicht in Bad Bramstedt.

Worum geht es? Der Bürgervorsteher ist der höchste Repräsentant der Stadtverordneten und wird deshalb zu vielen Anlässen eingeladen. Man sollte also annehmen, daß er seinen Stellvertreter informiert, wenn er einen Termin nicht wahrnehmen kann. Denn nur so können die Stadtverordneten im öffentlichen Leben gebührend vertreten sein. Soweit die Theorie! Die Praxis lehrt jedoch, daß die Vertretung dann nicht mehr zu funktionieren scheint, wenn ein CDU-Bürgervorsteher eine SPD-Stellvertreterin hat. An mehr als einem Beispiel läßt sich beweisen, daß die stellvertretende Bürgervorsteherin nicht einmal unterrichtet wird, wann sie einem Termin nachkommen könnte.

Auf die Frage „Warum sind Sie denn nicht gekommen“ kann sie nur die unbefriedigende Antwort geben „ich wußte nicht, daß der Bürgervor-

steher verhindert war“. Ist das ein Stil, dem Bürger zu verdeutlichen, daß die Stadtverordneten Interesse an seinen Belangen haben? Das ganze funktionierte doch noch als der CDU-Vorsteher einen CDU-Vertreter hatte. Hier kommt doch der Verdacht auf, daß ein parteipolitisches Süppchen gekocht werden soll.

In der neuen Hauptsatzung der Stadt heißt es „Der Bürgervorsteher vertritt bei öffentlichen Anlässen die Stadtverordnetenversammlung ...“ und weiter „Der Bürgervorsteher wird im Falle seiner Verhinderung von seinem ersten Stellvertreter, ist auch dieser verhindert, von seinem zweiten Stellvertreter vertreten“.

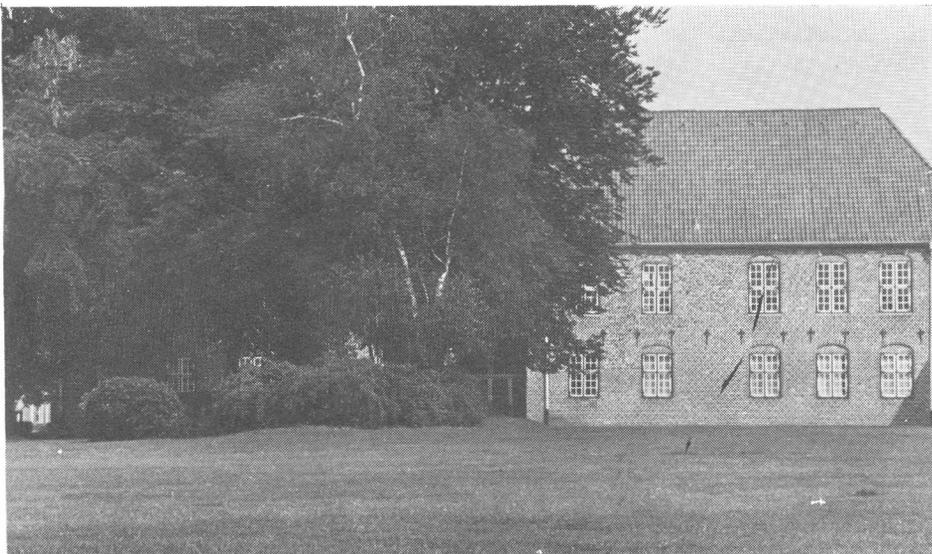
Die SPD-Stellvertreterin muß sich wohl für ständig verhindert erklären, damit die Stadtverordneten bei allen Anlässen vertreten sind, denn der zweite Stellvertreter gehört ja wieder der CDU an.

Jusos wollen Bäume erhalten

Bad Bramstedt. Die Baumgruppe auf dem Hügel hinter dem Schloß soll erhalten bleiben. Mit dieser Forderung traten die Bad Bramstedter Jungsozialisten vor kurzem an die Öffentlichkeit. Alarmiert durch Presseberichte, nach denen die Bäume der Überplanung und Neugestaltung des Hudautes zum Opfer fallen sollten, starteten sie eine erfolgreiche Unterschriftenaktion. Viele Bürger wurden aufgerüttelt und setzten sich mit ihrer Unterschrift für diese Sache ein.

Die Vorgeschichte ist nicht ganz einfach. Die öffentlichen Anhörungen und zahlreichen Fraktions- und Ausschußsitzungen war die Planung besprochen worden. Doch nie war den meisten Kommunalpolitikern klar geworden, daß für die Planung auch Bestehendes verschwinden sollte. Zumindest die SPD-Vertreter hatten die Planung als zusätzliche Maßnahme zur Ergänzung des Jetztzustandes gesehen. So war es kein Wunder, daß die Beschlüsse einmütig ausfielen. Den meisten SPD-Politikern wurde auch erst durch die Pressemitteilung des Bürgermeisters bekannt und bewußt, daß die Bäume fallen sollten. Doch da waren die Weichen schon gestellt.

So ist die Initiative der Jusos, der einzige Weg, um noch etwas zu bewirken.



Was wird aus der Mühlenstraße?

Bad Bramstedt. Zumindest bis vor kurzem war die Mühlenstraße eine idyllische Hinterstraße des Bleecks. Nachdem der Abbruch zweier Häuser auf der Westseite der Straße erfolgt ist, ist ein großer Teil dieses Aussehens verloren gegangen, und auch die Bleecker Twiete hat ihren Twietencharakter eingebüßt.

Solche Eingriffe sind jedoch wieder gutzumachen, wenn man will. Das Wollen könnte sich z.B. darin ausdrücken, daß man auf den leeren Grundstücken wieder Häuser baut, die den bestehenden angepaßt sind. Aber hat man dazu die Absicht? Die Stadtverordneten und Bauausschußmitglieder können dazu nicht viel sagen, denn bisher sind sie nicht gefragt worden. Sie haben, wie auch die restlichen Bürger Bad Bramstedt, nur aus der Presse erfahren, was angeblich dort geschehen soll.

Die Straße soll asphaltiert werden und auf den freien Flächen sollen dem Vernehmen nach Parkplätze entstehen. Damit wäre das bisherige Bild dieser Straße endgültig vernichtet.

Hinter verschlossenen Türen und unter Ausschluß der Politiker scheint eine Entwicklung vorprogrammiert zu werden, die lange nicht alle wollen.

Ist das vielleicht der richtige Weg, solche Probleme zu lösen? An städtebaulichen Blüten hat man sich nun schon wahrlich genug geleistet. Der Bürgermeister hat da noch die Unverblümtheit, den Sparkassenbau als „städtebauliche Dominante“ zu bezeichnen. Solche Dominanten finden wir mittlerweile in jeder größeren Straße unserer Stadt, in der Mühlenstraße kann man zumindest auf Dominierendes verzichten.



Kommt § 9 KAG vom Tisch?

Bad Bramstedt. Eine neue Entwicklung scheint sich für alle Betroffenen der Bauabgabe nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) abzuzeichnen. Diese sogenannten Abgaben wegen Änderung der Gemeindeverhältnisse (nach § 9 KAG) sollen offensichtlich abgeschafft werden. Schon vor der Landtagswahl und in der Regierungserklärung waren erste Töne zu vernehmen, daß man seitens der Regierung Stoltenberg bereit sei, die Angelegenheit zu überprüfen.

Vor wenigen Wochen nun konnte man Rundfunk und Presse entnehmen, daß sich die CDU-Landesregierung mit dem Gedanken trägt, den § 9 KAG zum 1.1.80 außer Kraft zu setzen.

Damit würde endlich die Konsequenz aus zahllosen Prozessen und vielen Bürgerinitiativen gezogen werden. Die Bramstedter Sozialdemokraten hatten seit dem Erlass des KAG gegen die Bauabgaben opponiert. Nun scheint auch in anderen Kreisen die Erkenntnis gereift, daß man den Bauherren nicht mit derartigen Sondersteuern belasten kann.

Die SPD will sich nun intensiv weiter mit diesem Thema auseinandersetzen. Noch im Frühjahr hatte man in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, daß alle Bürger gleich behandelt werden sollen. Unterschiede in den Zahlungen, wie sie

durch Änderungen der Beitragssatzungen aufgetreten waren, wurden nachträglich nach unten hin ausgeglichen.

Nun scheint man der im Kommunalwahlprogramm der SPD formulierten Forderung näher zu kommen, die die völlige Aufhebung der Ortsatzung über die Kommunalabgaben vorsieht.

In diesem Zusammenhang wird zweifellos auch die völlige Rückzahlung der vereinnahmten Beiträge diskutiert werden müssen. Zwar hat darauf kein Bürger ein einklagbares Recht, doch politische Vernunft und Anstand fordern geradezu dazu auf.

„Rund um den Roland“ freut sich besonders, daß ein Ende dieser leidigen Angelegenheit nun endlich absehbar erscheint. Noch vor drei Jahren hat sich „Rund um den Roland“ in dieser Sache eine Anzeige des CDU-Ortsvorsitzenden zugezogen.

Reisen in die DDR

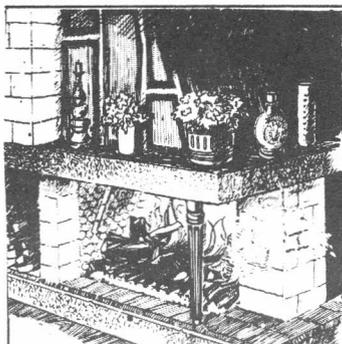
Seit einiger Zeit gibt es in den deutsch-deutschen Beziehungen den Begriff „Grenznahe Verkehr“.

Der grenznahe Verkehr erlaubt es den Bürgern der grenznahen Städte und Kreise der Bundesrepublik Deutschland, mit einem **Mehrfachberechtigungsschein** in die grenznahen Kreise der DDR einzureisen. Der Zeitpunkt einer Tagesreise kann frei gewählt werden. Es können Verwandte und Bekannte besucht werden, oder auch einfach informative und touristische Fahrten unternommen werden.

Erlaubt sind innerhalb eines Vierteljahres 9 Tagesreisen im Rahmen eines allgemeinen 30-Tages Kontingents pro Jahr.

Wie Sie zu dem Mehrfachberechtigungsschein kommen, erfahren Sie in dem Merkblatt der Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, „Reisen in die DDR“. Es ist zu bekommen bei den Stadt- und Amtsverwaltungen. Sie können allerdings auch bei uns Auskünfte erhalten.

Wenn Sie mal einen Tag frei haben: Fahren Sie mal an die mecklenburgische Ostsee-Küste anstatt nach Travemünde! Es dient auch der Stärkung der Bindungen zwischen beiden Deutschlands!



Kaminbau Planung, Beratung Ausführung

Norddeutsche Kaminbau GmbH
Tel. 0 41 92/17 71

